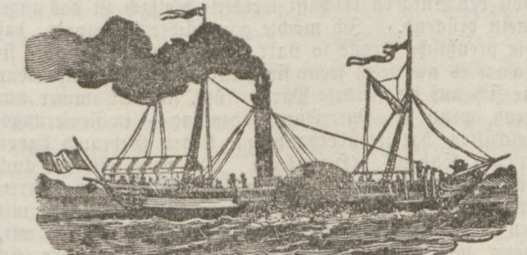
Danziger Dampfboot.

№ 66. 1865.

Sonnabend, den 18. März. **36ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Telegraphische Depeschen.

Magdeburg, Freitag 17. März.

Die hiesige „Presse“ meldet, daß gestern die letzten beiden Fabriken in Burg ebenfalls die Accordarbeiter entlassen, und daß heute sämmtliche Tuchmachergesellen, Spinner und Fabrikarbeiterinnen, die allerärmsten ausgenommen, die Arbeit eingestellt haben.

Wien, Freitag 17. März.

Das Herrenhaus verhandelte heute über den Jahresbericht der Staatsschulden-Controlkommission und trat dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses, wonach der Controlkommission die Beurtheilung der Zweckmäßigkeit einer Kreditoperation zusteht, bei.

— Die „Wiener Abendpost“ meldet, daß Erzherzogin Gisela, Tochter des Kaisers, an einer Lungen- und Rippenfell-Entzündung schwer erkrankt ist.

Turin, Donnerstag 16. März.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Minister des Aeußern über den Conflict in Montevideo interpellirt und erklärte: es sei die Absicht der Regierung, die italienische Colonie wirksam zu schützen und die Kriegslasten zu mindern, jedoch ohne politische Intervention.

Paris, Freitag 17. März.

Der Senat nahm heute den §. 13 der Adresse an, welcher das Verhältniß zwischen Kirche und Staat betrifft. Nachdem der Vertreter der Regierung, Thullier, eine versöhnende Erklärung abgegeben hatte, begann die Debatte über die Septemberconvention.

Kopenhagen, Freitag 17. März.

Die heutige „Berlingske Tidende“ meldet: Der gemeinsame Ausschuß zur Behandlung des Verfassungsentwurfs hat sich mit Majorität für den von 10 Mitgliedern gestellten Vorschlag ausgesprochen, wonach das Landsthing aus 68 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 durch den König ernannt, von Bornholm und Faaroer je eines, von Kopenhagen und den Städten 18, von den größeren Gutsbesitzern 18, und von den kleineren ebenfalls 18 gewählt werden.

London, Freitag 17. März.

[Oberhaus.] In der letzten Sitzung erwiderte Lord Russell auf eine Interpellation des Lord Stratford: Die Kommission zur Regulirung der türkisch-persischen Grenze werde ihre Berathungen hoffentlich Ende dieses Monats schließen. England und Rußland hätten in dieser Angelegenheit harmonisch mitgewirkt.

— [Unterhaus.] Auf eine Interpellation Mr. Griffith's in der letzten Sitzung erwiderte Lord Palmerston: Jede Zwangsarbeit sei bei dem Bau des Suezcanals gegenwärtig ausgeschlossen.

— Reuter's telegraphisches Bureau meldet aus Athen: Der Minister-Präsident Kanaris hat seine Entlassung genommen. Komundouros hat das Präsidium des Kabinets, sowie die Portefeuilles der Marine und Justiz, Anargiros das Ministerium des Innern übernommen.

— Die von dem Dampfer „China“ überbrachten Nachrichten aus New-York reichen bis zum 8. d. Von Sherman waren noch immer keine officiellen Berichte eingegangen. Gerüchtsweise sprach man davon, daß Sherman sich mit Schefield bei Fayettaville vereinigt habe. Der Unionsgeneral Sheridan soll Charlotteville besetzt haben, nachdem er Early geschlagen. Letzterer soll gefangen genommen sein.

— Aus Matamoras in Mexiko war die Nachricht eingetroffen, der dortige amerikanische Konsul sei ausgewiesen worden, weil er den Kaiser Maximilian nicht anerkennen wollte.

— Das kanadische Konföderationsprojekt ist von der Provinz Neubraunschweig verworfen worden.

Newyork, Sonnabend 4. März.

Die Botschaft des Präsidenten Lincoln bei Eröffnung des Congresses enthält kein Anzeichen einer Aenderung der bisherigen Politik, keine Anspielung auf die Beziehungen zn den fremden Mächten. Von Sherman ist nichts Authentisches bekannt. Gerüchtsweise hört man von einer Schlacht zwischen Johnston und Sherman. Die Fortschritte Shermans und Schefields werden aufgehalten. Grant bereitet einen anderen Kriegsplan vor. Der Senat von Virginien hat den Gouverneur ermächtigt, die Neger in Virginien zu bewaffnen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

22. Sitzung am 16. März.

In der heutigen Sitzung, welche der Minister v. Bodelschwingh und zwei Regierungscommissare, darunter Geh. Ober-Finanzrath Mölle beiwohnten, machte der Präsident zunächst geschäftliche Mittheilungen. Von den Abg. Wagener (Neu-Stettin) und Genossen ist ein Antrag eingebracht worden, der an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern überwiesen wird. Derselbe lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die kgl. Staats-Regierung zur baldmöglichsten Vorlegung eines Gesetz-Entwurfes, betreffend die Beschränkung der gerichtlichen Beschlagnahme der Arbeitslöhne im Wege des Arrestes und der Exekution aufzufordern.“ Dem Antrage ist eine umfassende Denkschrift beigefügt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt das Wort der Finanzminister v. Bodelschwingh. Er leitet seinen Vortrag durch allgemeine Bemerkungen über den Bericht ein, erkennt seinen Werth an und sagt dann: Findet ein Steuerdruck statt, so kann derselbe im Allgemeinen nur Einzelne treffen. Er äußert sich in Steuerexecutionen. Nun haben anläßlich der Einkommensteuer Exekutionen stattgefunden im Jahre 1831 2,02 pCt., im Jahre 1845 2,31 pCt., im Jahre 1863 0,83 pCt. Bei der Personalsteuer blieben von 10,000 Thlrn. 3 Thlr. Rest. Nach den äußeren Erscheinungen findet also ein Steuerdruck nicht statt. Von den eingegangenen Reclamationen fanden sehr viele Berücksichtigung. Ein Freund der Steuerschraube bin ich nicht. Ich glaube, die Regierung kann auch wieder die Steuern so veranlagen, wie bisher. Den Forderungen des Generalberichts gegenüber kann ich Folgendes erklären: Meine Auffassung vom Bericht ist die: er klärt die Lage wesentlich. Die nicht richtige Vertheilung der Staatsgelder dürfte eine nicht zutreffende Behauptung sein. Die Vertheilung wird berathen vom Gesammtministerium, dem Landtage mitgetheilt und der königlichen Sanction unterbreitet. Die Vorbereitungen garantiren also an sich die Sicherheit des Verfahrens. Was den Militär-Etat und dessen Ermäßigung anlangt, so ist Specielleres schon oft gefordert worden. Meines Erachtens wird ein bestimmtes Urtheil über den Militär-Etat erst durch die Specialberathung im Hause geboten werden. Es könnte die Regierung, unbeschadet des Bestandes der Armee, im Einzelnen Ermäßigungen wohl eintreten lassen, doch wird eine durchschlagende, weitreichende Ermäßigung dieses Etats nicht eintreten können. Der Conflikt würde nicht beseitigt, sondern eher verschärft werden, wenn große Streichungen erfolgten. Die Meliorationen betreffend, glaubt die Regierung besser zu einer Beurtheilung der Verhältnisse in der Lage zu sein, als dies hohe Haus. Es geschieht unter Berücksichtigung aller Momente das Möglichste; alle Wünsche zu befriedigen ist die Regierung natürlich außer Stande. Die Gesichtspunkte des Berichts werdeu für uns maßgebend sein. Was nun das weitere Postulat der Kommission betrifft, den Zeitpunkt für geeignet zu erachten, daß einige im Bericht genannte Steuern wegfallen, so kann die Regierung dieser Ansicht nicht beitreten. Sie hält den Zeitpunkt nicht für geeignet. Andere Steuer-Erlasse bilden den Gegenstand besonderer Anträge dieses Hauses, es wird gut sein, sich darüber dann besonders auszusprechen. Indeß die Regierung ist nicht in der Lage, auf die ihr gesetzlich zustehenden Steuern zu verzichten; auch auf die Anträge bezüglich der Grund- und Gebäudesteuer kann sie in keinem Falle eingehen. Sie werden ja bei sorgfältiger Prüfung des Militair-Etats ersehen, daß nur das Nothwendigste auch für die Armee gefordert wird. Was die Quotificirung der Einkommensteuer nach Monatsraten anlangt, so kann die Regierung unmöglich darauf eingehen. Sie würde dadurch in die Hände der Majorität dieses Hauses gelangen. Durch solches Lähmen der Kräfte der Regierung würde eine Abschwächung unserer verfassungsmäßigen Rechte stattfinden. Ich enthalte mich jeder Kritik der Anträge des Berichts, kann aber erklären: Die Regierung findet im Bericht und dessen Vorschlägen keine Brücke zur Verständigung, sondern eine Verschärfung des Conflikts. Ich möchte bitten, über den Antrag zur Tagesordnung zu gehen. Den Conflikt bedauert die Regierung außerordentlich. Wenn immer und immer behauptet wird, das sogenannte Budgetrecht werde nicht von der Regierung anerkannt, so bemerke ich, daß dies ein Irrthum ist. Die Regierung erkennt die Rechte des Hauses in dem von der Verfassung vorgeschriebenen Umfange an. Zu jedem Gesetz ist die Uebereinstimmung beider Häuser und der Regierung erforderlich. Es ist zuzugeben, daß das Herrenhaus nur den von diesem Hause durchberathenen Etat annehmen oder ablehnen kann. Verwirft nun das Herrenhaus den Etat, so ist das Gesetz nicht zu Stande gekommen. Nimmt das Herrenhaus den Etat dieses Hauses an, so hat die Regierung zu prüfen ob sie der Krone zur Sanction rathen kann. Die Regierung muß immer ihre Rechte sorgfältig prüfen. Kommt ein Etat nicht zu Stande, so kann ein Stillstand der Staatsmaschine darum doch nicht eintreten. Ueber ein Etatsgesetz muß eben eine Vereinbaruug stattfinden. Die kann durch rein sachliche Erwägungen erzielt werden, und mit gutem Willen. Fehlt der, so wird freilich ein Gesetz nicht zu erreichen sein. Man hat die Schuld des Conflikts uns zugeschoben. — Der Minister läßt sich auf einen Rückblick der Streitigkeiten bis zum Ministerium Patow ein. Patow brachte Vorlagen ein, die Dauerndes zu schaffen bestimmt waren. Die Kammer sah das auch so an. Die Regierung kann die Reorganisation nicht rückgängig machen; sie würde sich der größten Schuld gegen das Vaterland schuldig machen. Sie hat die Constitution zu schützen und mit den bereiten Mitteln sie zu erhalten. Ich wünsche, daß die Herren anerkennen, wie sehr mir die Sache am Herzen liegt und daß ich die Beilegung des Conflikts herbeisehne. Aufgefallen ist mir die Aeußerung eines Mitgliedes (Virchow), daß wir durch das Rescript uns über die königliche Gewalt gestellt hätten. Wir beziehen uns im Rescript auf die Majestät, von der das Rescript gut geheißen worden ist.

Während der Rede des Herrn Finanzministers ist der Justizminister Graf zur Lippe in das Haus getreten; später erscheint auch der Landwirthschaftsminister v. Selchow.

Der Präsident bemerkt, daß die Rede des Herrn Ministers sich namentlich auf die General-Diskussion bezogen, während das Haus sich in der Spezial-Diskussion befinde. Er hätte gewünscht, daß der Herr Finanz-Minister diese Erklärung bei der General-Diskussion abgegeben hätte; da nun aber die Erklärung des Herrn Ministers abgegeben, so halte er es für angemessen, von der Spezial-Diskussion abzugehen und in die General-Diskussion wieder einzutreten.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck empfiehlt in der Tagesordnung fortzufahren. Abg. Dr. Virchow tritt dem bei. Abg. v. Benda wünscht Vertagung der heutigen Sitzung, bis die Rede des Finanzministers im Druck erschienen sein würde. Die Abgg. Graf Schwerin, Graf Eulenburg, Dr. Waldeck, Osterrath sprechen für den Antrag des Abg. v. Hoverbeck. Abg. Krieger (Goldap) erklärt sich für die Rückkehr in die General-Debatte, Abg. von Bockum-Dolffs gleichfalls, Abg. v. Mitschke-Collande und Schulze (Berlin) wollen in der Spezial-Debatte fortfahren, Abg. Riemann in die General-Diskussion eintreten. — Das Haus beschließt hierauf in der Spezial-Diskussion fortzufahren.

Das Haus setzt die Berathung des Abschnitt VII. des Generalberichts fort. Abg. Graf Wartensleben spricht gegen den Bericht. Er bekämpft alle Diejenigen, welche die Grund- und Gebäudesteuer votirt, jetzt aber die Reorganisation nicht wollen. Das ist eine innere Unwahrheit. Waldeck hasse ich als Politiker aus voller Seele (große Heiterkeit). Der Fiskus, der nie genug

Steuern bekommen kann ist ein Vielfraß (große Heiterkeit). Ich werde über den Bericht zur Tagesordnung übergehen (allgemeine Heiterkeit). — Der Finanzminister v. Bodelschwingh hat inzwischen das Haus verlassen, der Cultusminister v. Mühler ist eingetreten.

Abg. Immermann beantragt die Gegenwart des Finanzministers zu verlangen.

Cultusminister v. Mühler: Sobald ein Minister anwesend ist, ist die Regierung ausreichend vertreten.

Abg. Immermann: Ich glaube doch nicht, daß der Herr Cultusminister so viele Finanzstudien gemacht hat, um uns ausreichende Auskunft zu geben.

Graf Schwerin: Das Haus hat das Recht, die Anwesenheit des Ministers zu erbitten, doch zur Ausübung dieses Rechts liegt jetzt keine Veranlassung vor.

Abg. Immermann beharrt bei seinem Antrage, Abg. v. Forckenbeck stimmt dem Abg. Grafen Schwerin bei.

Der Finanzminister tritt in das Haus und die Angelegenheit ist damit unter allgemeiner Heiterkeit erledigt. —

Abg. Graf Schwerin spricht gegen den Bericht. Bei Einschätzung der Gebäudesteuer ist gewiß mancher Fehler vorgekommen. Dasselbe gilt von der Klassensteuer. Dem Herrn Finanzminister muß ich Folgendes erklären: Es scheint bei den Herrn Ministern Grundsatz geworden zu sein, die Schuld des Confliktes auf die Vorgänger zu schieben. Herr v. Bismarck und Herr v. Bodelschwingh sagen: sie haben den Conflikt vorgefunden, aber nicht den Verfassungs-Conflikt. Wir blieben vor dem Conflikt stehen. Wir sahen die Dinge prinzipiell anders an, als die gegenwärtigen Minister. Ich muß mich darüber offen aussprechen. Der Herr Finanzminister hat Herrn v. Patow und Herrn Kühne genannt. Ich erwidere darauf: Herr v. Patow würde nie, wie er, sich zur Verfassung gestellt haben. Wir Minister hatten die Reorganisation durchzuführen, und das thaten wir, weil wir sie für gut hielten. Wir übernahmen indeß die Durchführung nur innerhalb der Verfassungsgrenzen. Wir hielten daran fest: Die Regierung ist von der Majorität dieses Hauses abhängig, wenn sie eine Maßregel durchsetzen will. Neues hat die Regierung heut' garnicht gesagt, darum widerlege ich sie auch nicht weiter. Sie vergißt immer: Der Etat ist ein Gesetz für ein Jahr, im Unterschied zu anderen Gesetzen, und Ausgaben ohne Etat sind also ungesetzlich. Wir sagten damals: Dem Landtage bleibt vorbehalten, über die Reorganisation zu beschließen. Da existirte noch das Provisorium. Es trat das Definitivum ein und ich bin nicht berechtigt, über innere Vorgänge mich hier auszusprechen. Wir glaubten, die Reorganisation durchzusetzen, wenn wir noch andere Gesetze reformatorischen Charakters vorlegten. Wir glaubten, das Land würde die höhern Lasten tragen, wenn es weiß, es bleibt das liberale Regime. So traten wir in die Session 1862 ein. Nun überzeugten wir uns bald, daß das Abgeordnetenhaus uns nicht das nöthige Vertrauen entgegenbrachte. Woran das lag, brauche ich nicht weiter auszuführen. Wir baten deshalb nach dem Hagen'schen Antrag Se. Majestät uns zu entlassen. Se. Majestät geruhten nicht gleich. Es blieb deshalb nur noch die Auflösung des Hauses übrig. Dazu riethen wir erst, nachdem wir gesagt hatten, was gleichzeitig geschehen müsse. Se Majestät gingen auf unsere Voraussetzungen nicht ein und entließen uns. Das ist der Vorgang. Nun kam ein Ministerium, das die Verfassung anders ansah, als wir. — Ich wünschte gewiß das Aufhören des Conflikts und sage mit Herrn Faucher: Compromiß ist die Besiegung der Eitelkeit durch Patriotismus. Der Conflikt ist auszugleichen, aber allerdings nicht so, wie der Herr Finanz-Minister meint. Wir haben niemals verkannt, daß das Haus sich blos seiner Rechte bedient, und es ist nicht wahr, was in einem Amtsblatte geschrieben wird, wir hätten dem Könige gesagt, das Abgeordnetenhaus strebe nach der Herrschaft und es lasse sich nicht mit ihm regieren

Finanzminister v. Bodelschwingh: Es ist mir nicht eingefallen, das frühere Ministerium für den Conflikt verantwortlich zu machen. Ebensowenig habe ich übersehen, daß das Etatsgesetz jährlich zu Stande kommen müsse. Das weiß ich sehr wohl. Die Regierung kann sich nur nicht die Hände binden durch die Anträge des General-Berichts.

Sodann fährt fort der Abg. Dr. Kalau v. d. Hofe. Er erörtert, daß die Provinzial-, Kreis- und Communal-Abgaben bei der Ermittelung der Steuerlast mit in Rechnung zu bringen seien und dieser Umstand zu wenig von der Commission hervorgehoben sei. Die Mitheranziehung dieser Abgaben bringe den Steuerdruck zur Evidenz. Bisher sei die Vervollständigung des statistischen Materials in dieser Branche, die seit Jahren verlangt werde, unterblieben, während es gerade Pflicht der Staats-Regierung sei, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. Graf Bethusy-Huc spricht gegen die Ausführung des Grafen Schwerin. Der Conflikt ist die Reorganisation und die Reorganisation ist der Conflikt. Den Etatsgrundsätzen des Herrn Finanzministers bedauere ich nicht beitreten zu können. Suchen wir den Compromiß. Es ist der Sieg der Selbstverleugnung über das formale Recht.

Abg. Waldeck: Auch ich hätte geschwiegen, wenn nicht die Rede des Herrn Finanzministers mich zu einigen Entgegnungen genöthigt hätte. Eine Nüance auf dem Gebiete der Frage, was zu geschehen habe, wenn trotz der Zustimmung beider Häuser kein Budget zu Stande komme, hat den Herrn Finanzminister denn doch zu weit geführt, indem er uns sagte, dann könne die Regierung ihrerseits den Etat ablehnen und weiter regieren. Das ist der Culminationspunkt dessen, was wir bisher erreicht haben, daß solches ein Mann sagen kann, dem die Leitung der Preußischen Finanzen anvertraut ist. Ein triviales oft gebrauchtes Wort sagt: „Da hört Alles auf!", ich meine aber, hier muß es heißen: „Hier fängt gar nichts an!" (Heiterkeit.) Wir wissen jetzt, warum keine Richtschnur für verfassungsmäßige Abwickelung der streitigen Fragen da ist, weil die Regierung nicht will. Was der Herr Finanzminister über die blühenden Finanzen gesagt hat, hätte er uns mit andern Beweisen illustriren sollen, als mit dem Hinweise auf die Verminderung der Reklamationen und Steuer-Exekutionen, Beides mag immerhin sich vermindert haben, aber jedenfalls nur durch die Erfolglosigkeit bisheriger Versuche. Sie verlangen (zur Rechten gewendet) von uns die Großmuth, den Militair-Etat sammt der Reorganisation ohne Weiteres gut zu heißen; ja diese Großmuth wäre leicht, denn sie wird aus anderer Leute Taschen bezahlt. Es ist die Pflicht der Volksvertreter, darauf zu achten, daß man vorsichtig umgehe, mit der Steuerkraft des Landes. Neue Organisationspläne, behaupte ich, waren nicht nöthig, vermehren sie nicht das stehende Heer, verdoppeln Sie nicht die Einquartierungslast! für frühere Verhältnisse bis 1858 reichten freilich die Casernen meist aus; jetzt geht das weitaus nicht, jetzt müssen Quartiere und Ställe von den Bürgern beschafft werden; vielfach ist das ungemein drückend. Ich möchte ganz sicher behaupten, daß die preußische Krone so stark ist, wie nur eine, aber sie kann es nur sein, wenn sie constitutionell ist, nicht wenn sie sich auf die feudale Partei stützt, sie war immer nur groß, wenn jene Partei am Boden lag — in Regierungsgeschäften hat sie überhaupt gar keinen Gebrauch davon machen können. (Heiterkeit.) Die neue Zeit hat auch neue Wege, hat darauf hingewiesen, daß sie nur regieren kann mit Achtung vor den Rechten des Volkes und mit den Repräsentanten desselben. Bescheiden also sind wir, wenn wir dies fordern, bescheiden ist Jeder, der sein Recht fordert, eitel sind wir nicht, wenn wir nur auf dem bestehen, was uns zukommt. Lassen Sie uns darum an unserer Ueberzeugung festhalten, daß wir gleichmäßig für das Recht der Krone und des Landes einstehen, lassen Sie uns in dem fest sein, was wir bis jetzt angenommen haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wagener: Ich gestehe, daß ich auf einen Augenblick zweifelhaft war, was im Falle der Lücke mit dem Budget geschehen sollte, aber ich tröstete mich, daß die Erfahrungen aus der authentischen Interpretation sich bewähren würden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Staatsregierung den Desideraten des geehrten Abg. Virchow Rechnung tragen und demnächst einen von S. M. dem Könige selbst vollzogenen Etat förmlich in der Gesetzsammlung publiciren wird. (Lärm zur Linken. Ruf: Eidbruch! Zur Ordnung!) Sie sprechen nach Ihrer Ueberzeugung; ich habe das Recht, die meinige — (Erneute Rufe: Eidbruch! Zur Ordnung!)

Vice-Präsident v. Bockum-Dolffs (giebt das Zeichen mit der Glocke.) Meine Herren, ich muß Sie bitten, die Redefreiheit hier nicht zu beschränken.

Abg. Wagener (fährt fort): Ich werde mich nicht abhalten lassen, meine Meinung auszusprechen. Der Abg. Virchow hat die Minister „Hausmeier" genannt, dabei hat er sich wahrscheinlich die Rolle Pipin des Kleinen zugedacht. Sie wollen die Krone unter das parlamentarische Regiment stellen, das bekämpfen wir. Dem Abg. Graf Bethusy gegenüber konstatire ich, daß wir die Militär-Reorganisation nicht für den Konflikt, sondern nur für einen Theil des Konfliktes halten, der, wenn er durch Konzessionen beseitigt würde, in 3 bis 4 Wochen an irgend einer anderen Stelle doch wieder ausbrechen würde. (Sehr wahr.) Wir halten jede Konzession um der Reorganisation willen für eine Konzession in der Reorganisation. Uebrigens war die Rede des Abg. Grafen Bethusy ein wenig grausam, denn erst verzehrte der Redner das Ministerium Schwerin, dann das jetzige Ministerium, zuletzt sich selbst. Der Redner bestreitet die Verfassungslücke, wir auch. Halten Sie das Königthum wirklich für einen Kitt, nun so tritt es auch in die Verfassungslücke ein und darum giebt es auch keine Verfassungslücke. (Gelächter links.) Das Vertrauen des Hauses, mit welchem sich Graf Schwerin rühmt, ist nicht weit her und der Beifall, den man ihm heute zollte, hat mich überrascht, da man ihm auf der Seite, von wo er kam, das Freundschaftverhältniß nach kurzer Dauer gekündigt hatte. Was Gr. Schwerin für Fortschritt und Freisinnigkeit hielt, das war Ihnen (zur Linken) nicht freisinnig genug. Der Hagensche Antrag, nach welchem das liberale Ministerium zurücktrat, ist dem gegenüber, was Sie jetzt beantragen und als ihr Budgetrecht behaupten wollen, reines Kinderspiel. Das liberale Ministerium hat berathen, ob es nach jenem Antrage noch regieren konnte; es hatte es aber überhaupt noch nicht gekonnt.

Abg. Twesten (vom Platz): Meine Herren! Der Abgeordnete Wagener hat den Wunsch — die Erwartung — die Aufforderung ausgesprochen, daß die königl. Staatsregiernng ein Staatshaushaltsgesetz oktroyiren möge. (Hört! Hört!) Das Oktroyiren eines Staatshaushaltsgesetzes ist nach den ausdrücklichen Vorschriften der Artikel 62, 63 und 99 der Verfassung nicht zulässig. Die Oktroyirung eines Staatshaushalts-Gesetzes würde ein Verfassungsbruch, ein schweres Verbrechen der königlichen Staatsregierung sein. (Ruf: Hört! Hört! Sehr wahr!) Ich meine, daß jeder Abgeordnete vollkommen das Recht hat, auch über Verfassungs-Bestimmungen seine Ansicht auszusprechen, eine Kritik sowohl, wie eine Interpretation derselben anzuwenden; ich meine aber, das Haus der Abgeordneten kann es nicht zulassen, wenn in seiner Mitte zu einem Verbrechen aufgefordert wird. (Ruf: Hört, hört!) Das würde, außerhalb des Hauses geschehen, ein strafbares Verbrechen sein, und im Hause verdient es mindestens eine Rüge. Ich bitte daher den Herrn Präsidenten, den Abg. Wagener zur Ordnung rufen zu wollen, weil er die Staats-Regierung zu einem Verbrechen aufgefordert hat. (Bravo!)

Abg. Wagener: Ich habe nicht zu einer Oktroyirung aufgefordert und bin weit entfernt, diesen Verfassungsparagraphen anders zu verstehen, als das geehrte Mitglied, das so eben gesprochen hat. Ich habe ausgeführt, daß die finanziellen Maßnahmen nur dann ein gedeihliches Ende finden, wenn sie demnächst die Anerkennung eines Abgeordnetenhauses finden. (Lebhafter Widerspruch.)

Abg. v. Hennig: Hat der Abg. Wagener nicht gesagt: „er hoffe nächstens ein von Sr. Maj. dem Könige vollzogenes Budget in der Gesetzsammlung zu finden"? Ich bitte das zu konstatiren. (Allgemeine Zustimmung).

Abg. Immermann: Darf ein Abgeordneter die Proklamation des Eidbruchs mit der Allerhöchsten Person des Königs in Verbindung bringen? (Große Bewegung und Unruhe.)

Vicepräsident v. Bockum-Dolffs: Ich werde den stenographischen Bericht holen lassen und bis er fertig ist, in der Debatte fortfahren. Es erhält das Wort:

Abg. Virchow: Was Abg. Wagener so eben mit Offenheit ausgesprochen hat, ist in den Artikeln des Moniteurs seiner Partei längst angekündigt und eingeleitet. Der Herr Abgeordnete Wagener hat zu allen Zeiten die Regierung zu revolutionären Maßregeln aufgefordert. Der Kitt, von dem der Abg. Faucher früher gesprochen, ist der, welcher die Steine fest aneinander binden soll, damit wir eine Mauer erhalten gegen jede Willkür. (Sehr richtig.) Die Herren thun jetzt, als ob das Loch in der Verfassung so sehr groß wäre; ich darf wohl darauf verweisen, daß die Lücke schon längst gedeckt ist, und wenn die Herren dennoch glauben, daß ein Loch vorhanden ist, so erwidere ich darauf, daß wir ein bestimmtes Gesetz haben, auf welches wir hinweisen könneu und das ist das Gesetz vom 6. April 1848. Im § 6 desselben ist ausdrücklich gesagt: „Den künftigen Volksvertretern soll ebenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungs-Recht zustehen." Nun, meine Herren, dies Gesetz ist regelrecht erlassen und auf dessen klare Bestimmungen muß zurückgegangen werden. Dies in Bezug auf die Lücke. Nun haben die Herren bei dieser Gelegenheit den Konflikt wieder erörtert. Ich hätte wohl gewünscht, sie hätten sich ernstlich mit dem Abschnitt VII, der uns vorliegt, beschäftigt. Meine Herren, als die Regierung die Militärgesetzgebung abändern wollte, da hat sie gesagt, es sei nothwendig und finanziell thunlich. Die Volksvertretung hat von Anfang an die zweite Behauptung in Frage gestellt. Dieser Punkt ist immer wieder diskutirt und jetzt, wo die Einnahmen so erheblich gestiegen sind, da verlohnt es sich wohl der Mühe, zu sagen: ist der jetzige Zustand der Art, daß er auf die Dauer gehalten werden könne, daß er den Interessen des Landes entspricht? Im Jahre 1860 hat der Abg. Kühne sehr wesentliche Bedenken gerade in finanzieller Beziehung aufgestellt. Das Gesetz ist nun allerdings nicht ausgeführt, wohl aber die Reorganisation und wir befinden uns jetzt in der Lage zu prüfen, ob mit dieser Einrichtung die Wohlfahrt des Landes verträglich ist. Daß das damalige Ministerium den warnenden Stimmen seiner Freunde kein Gehör geschenkt hat, haben wir sehr zu bedauern; meines Wissens aber liegt der Keim des Konflikts nicht im Ministerium, sondern weit hinter demselben zurück. Es ist ja bekannt, daß in gewissen Kreisen, die außerhalb des Ministeriums standen, die Sache völlig vorbereitet war und daß bestimmte Handlungen vorgenommen wurden, welche die Thatsache als eine vollendete erscheinen lassen. Dazu gehört die Fahnenweihe im Jahre 1860, dieselbe fand statt, während die Minister Graf Schwerin und v. Patow von Berlin abwesend waren. Der Konflikt wurde provozirt ohne Mitwissen des Ministeriums. Statt aber demselben entgegenzutreten, haben sie sich, zum Theil wenigstens, dem fremden Willen unterworfen. Ich halte das für einen politischen Fehler, den sie damals gemacht haben und ich bin der Meinung, daß sie durch ihr Vorgehen dem Lande den Konflikt in einem schweren Maße bereitet haben. Graf Bethusy hat uns aufgefordert, auf das formale Recht zu verzichten. Ich muß gestehen, daß ich keine rechte Vorstellung davon habe, in welcher Weise „die zarte Hand" an die Wurzeln unsers formalen Rechts gelegt werden soll. Darauf aber mache ich aufmerksam, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob man sein eigenes formales Recht aufgiebt, oder ob man als der Mandatar eines Andern dasteht (Sehr wahr). Im letzten Falle haben wir kein Recht auch nur ein Titelchen von dem Recht des Landes zurückzugehen (Sehr wahr). Wenn der Abg. Wagener meint, wir hätten die Prärogative der Krone schmälern wollen, so begreife ich das nicht. Meiner Ansicht nach ist durch die Verfassung bestimmt gesagt, daß die Minister die Aufgabe haben, mit dem Hause die einzelnen Positionen zu votiren, nicht wie der Finanz-Minister heute sagte: sich über einzelne Positionen auszusprechen. Das scheint mir auch eine von den „zarten Händen" zu sein, die an die Wurzel unsers Rechts gelegt werden sollen (Heiterkeit). Das Haus hat das Recht, die einzelnen Posten zu votiren, und deshalb sind die Minister verpflichtet, mit dem Hause zu verhandeln. Wird eine Uebereinstimmung nicht erreicht, so spricht man von einem Angriffe auf die Prärogative der Krone; in allen andern Ländern sagt man, die Volksvertretung habe kein Vertrauen zum Ministerium und dasselbe müsse einem andern Ministerium Platz machen. Wenn man sich in den Sinn der Verfassung hineindenkt, dann wird man zu der Konsequenz kommen müssen, daß ein Ministerium, welches sich mit der Volksvertretung nicht verständigen kann, auch nicht länger bestehen kann, und selbst eine feudale Volksvertretung wird nicht mit einem Ministerium arbeiten können, welches sich blos mit Gewalt erhält (Sehr wahr). Die Prüfung der gegenwärtigen Lage hat die Budget-Commission dahin geführt, einzusehen, daß die gegenwärtige Staatsregierung mit ihrer verfassungswidrigen Auffassung von der Budgetlosigkeit eben nur die Quelle ihrer Kräfte findet in dem Zustande unserer Einnahme-Gesetzgebung. Wenn wir heute nachgäben, würden wir in kurzer Zeit einen neuen Conflikt haben. Das Geld, das der Regierung gerade jetzt zuströmt, ist für dieselbe keine Rechtsquelle. Wir brauchen eine Aenderung der Gesetzgebung als Garantie für die Zukunft, und es ist patriotisch, wenn wir das diesem Ministerium sagen. Aus der Abnahme der Re-

klamationen gegen Uebersteuerung hat der Herr Minister übrigens einen falschen Schluß gezogen. Diese Abnahme findet nur statt, weil man weiß, daß die Reklamationen meist vergeblich sind. Wie kommt die Stadt Berlin dazu, $\frac{1}{6}$ der Einkommensteuer vom ganzen preußischen Staat zu zahlen? Es fehlt an einer ordentlichen Rekurs-Instanz. Ebenso exorbitant ist der Antheil Berlins an der Gebäudesteuer. Wie soll die Stadt das tragen? Ist sie um so viel reicher geworden, weil für 14 Millionen neue Häuser, meist auf Kredit, gebaut worden sind. Auf meine Anfrage, ob die Regierung für ihre Verwaltung ohne Budgetgesetz die generelle Genehmigung oder die spezielle Sanktion Sr. Maj. des Königs eingeholt hat, hat der Herr Minister nicht geantwortet. Es ist ebenfalls arbiträr und willkürlich. Meine Erinnerung an die fränkischen Könige hat Herrn Wagener Anlaß zu dem Scherz gegeben, es könne noch ein kleiner Pipin aus mir werden. Es ist das sehr ermunternd, da ein anderer Redner von jener Seite mich zu verspeisen gedroht hat (Heiterkeit). Meine Parallele hatte guten Grund. Der Herr Minister sagte uns zwar heute, daß er und seine Kollegen „Diener" des Königs sind, aber aus Dienern werden leicht Herren, wie man es ja schon im gewöhnlichen sieht. Auf diesem Wege wird das Königthum sicher ruinirt (Beifall).

Vicepräsident v. Bockum-Dolffs verliest den inzwischen ausgeschriebenen Passus der Wagener'schen Rede aus dem stenographischen Bericht und fährt dann fort: Der Abg. Wagener hat seiner Phantasie die Zügel schießen lassen. Wären seine Worte anders zu verstehen, so wie sie im Hause zum Theil verstanden sind, so würde er den Ordnungsruf verdient haben. Daß Jemand im Ernst den Rath ertheilen sollte, ein Budget durch die Gesetzsammlung zu octroyiren, ist nicht anzuerkennen und es wäre unvernünftig. Damit hat es sein Bewenden.

Nach einer Fluth persönlicher Bemerkungen schließt die Sitzung in überaus gereizter Stimmung.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 18. März.

†† Die Königl. Provinzial-Kunst- u. Gewerkschule hierselbst beginnt mit dem 1. April einen neuen Cursus.

†† Auf der Tagesordnung der am nächsten Dienstage stattfindenden Stadt-Verordneten-Versammlung steht wieder die Lazareth-Angelegenheit; auch wird ein wegen Gasbeleuchtung in Schidlitz eingegangenes Gesuch zur Berathung kommen.

†† In der am vorigen Donnerstag stattgehabten General-Versammlung des hiesigen Gewerbe-Vereins wurden für das neue Vereinsjahr gewählt: Herr Dr. Kirchner als Vorsitzender, Hr. Maurermeister F. W. Krüger als Stellvertreter, Hr. Chemiker Otto Helm als Schriftführer, Hr. Kaufm. Prina als Schatzmeister, Hr. Mechanikus Jacobsen als Bibliothekar, Hr. Stadtrath Preußmann als Ordner der Vorträge, Hr. Prof. Tröger als Ordner des Unterrichts und Hr. Herrmann als Ordner des Locals. Als Beisitzer sind die Herren Biber, Damme, Farr, Gerlach, Momber, Prutz, Rickert, Schmidt und Stahl gewählt worden.

§§ Es ist vielleicht noch nie dagewesen, daß einer jungen Dame für die Rettung eines Menschen aus Lebensgefahr die Rettungs-Medaille am Bande verliehen worden ist; ein solcher Fall liegt jetzt vor: die Tochter Louise des Ober-Ingenieurs Braun ist mit einer solchen Medaille für ihre unerschrockene, mit eigener Lebensgefahr verbundene That vom Könige dekorirt worden.

— In dem ganzen Umfange des Preußischen Postbezirks wurden im Monat Februar d. J. 333,323 Stück Post-Anweisungen zur Post gegeben, mittelst welcher durch Ein- und Auszahlung der Gesammt-Betrag von 4,348,221 Thlr. vermittelt worden ist.

+ Gestern Abend wurde das Dienstmädchen des Milchhändler Täubert, welche vor einem kleinen Handwagen zog, auf der abschüssigen Landstraße von Wonneberg durch einen mit Mauersteinen beladenen Landwagen des Hofbes. Priebe in Schüddelkau übergefahren und war zur Stelle todt. Der betreffende Knecht entschuldigt sich damit, daß er auf einem Auge blind sei.

+ Die hiesigen Kunstgärtner machen in diesem Winter schlechte Geschäfte, da sie ihren Bedarf an frischen Blumen größtentheils von auswärts beziehen müssen, indem die eigene Production in Folge des vorjährigen naßkalten Sommers mißlingt. Der Gartenbau-Verein ist durch den bei der vorjährigen Ausstellung erzielten Reingewinn von 400 Thlrn. in den Stand gesetzt, bei der diesjährigen Blumen- und Pflanzen-Ausstellung mehr und höhere Prämien bewilligen zu können.

‡ Als der Kutscher Schröder mit der Droschke No. 16 vorgestern Nachmittags die bekanntlich sehr schmale Berhold'sche Gasse in der Richtung von der Hundegasse nach dem Langenmarkte passirte, wurde ihm gleich bei der Einfahrt in die Straße, von dem auf einer hohen Leiter stehenden und mit dem Putzen der Gaslaterne beschäftigten Arbeiter Teyner, zugerufen, daß er — Schröder — halten solle, weil sonst die Leiter umgefahren werde. Schröder hörte darauf aber nicht, fuhr die Leiter um, noch ehe es dem Teyner möglich geworden war hinunterzusteigen, und dadurch stürzte Teyner von einer beträchtlichen Höhe auf die Straße, so daß es ihm erst nach längerem Liegen möglich war, unter Zurhilfenahme eines Stockes sich im zerschlagenem Zustande nach Hause zu begeben.

‡ Von dem Gendarm Zabel aus Langfuhr ist am 14. d. Mts. bei Renneberg, unweit Oliva, ein schwarzer Damenmantel von Doublestoff mit weiten Aermeln und Plüschbesatz gefunden worden und kann derselbe von dem Eigenthümer bei der hiesigen Polizeibehörde in Empfang genommen werden.

Thorn, 16. März. Heute Vormittag wurde von der hiesigen Artillerie der Anfang zur Sprengung der Eisdecke an der obern Spitze dem Bazar-Kämpe gemacht, um durch Lösung und Theilung des Eises die Gefahr für die Weichselbrücke zu vermindern. Es wurden heute nur vier Petarden unter die Eisdecke gebracht und durch deren Abbrennen ein Riß von 60—86 Fuß im Eise bewirkt. Ob und wann die Sprengungen in größerem Maßstabe wiederholt werden sollen, darüber ist noch nichts festgestellt.

Stettin, 17. März. Zu dem heute vom Kronprinzen auf dem Schlosse zu gebenden Hoffeste, welches in Assemblee und Ball besteht, sind vom Hofmarschall-Amte über 800 Einladungen an die Provinzial-Aristokratie und an die höheren Militärs und Civilbeamte ergangen. Die erstere hat sich denn auch sehr zahlreich eingefunden, und von den Officieren selbst der entferntesten Garnisonen des Armeecorps ist der Einladung Folge geleistet. Es wird die Zahl der beim Feste anwesenden Gäste auf nahezu 2000 Personen geschätzt. Die sämmtlichen Räumlichkeiten des mittleren Schloßtheiles werden in Anspruch genommen. Es wird nur vom Büffet gespeist. Der Fürst und die Fürstin zu Putbus werden zu heute Nachmittag wieder von Berlin erwartet. — Morgen Vormittag wird der Kronprinz einer Plenarsitzung im Kreisgericht beiwohnen. Heute Vormittag war derselbe in Begleitung seines Stabes nach Damm geritten, wohin das 14. Inf.-Rgt. einen Uebungsmarsch gemacht hatte. — Das Stiftungsfest der preußischen Landwehr (17. März) wurde gestern von den hier anwesenden Landwehr-Offizieren im Offizier-Casino des Königs-Regiments gefeiert. In der Erwartung, daß der Kronprinz dem Feste beiwohnen würde, hatte man sich leider getäuscht. Das Fest nahm übrigens dessenungeachtet einen sehr heitern Verlauf.

— Beim Hafenbau in Stolpmünde werden 100—150 Arbeiter gebraucht. Anmeldungen nimmt der Baumeister Leiter daselbst entgegen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Der Verräther schläft nicht.] Vier hiesige Arbeiter, Franz Buhl, Wilhelm Klauß, August Sänger und Neumann verabredeten sich eines Tages im December v. J., auf Diebstahl auszugehen. Ihrer Verabredung gemäß begaben sie sich nach der Klawitterschen Schiffswerft, wo es ihnen gelang, eine Schiffsbohle zu stehlen; alle vier Mann hatten daran reichlich zu tragen. Während sie nun dieselben scheu und schüchtern auf den Schultern wegschleppten, stolperte Neumann, fiel nieder und mit ihm glitt die Bohle von den Schultern der andern Träger und zerschmetterte ihm den Schädel. Seine Spießgesellen hatten in der Angst, als Diebe entdeckt und festgenommen zu werden, kein Erbarmen mit ihm, sondern ließen ihn im hülfslosen Zustande liegen und entflohen. — Der mit dem zerschmetterten Schädel daliegende Unglückliche wurde indessen bald von einem barmherzigen Samariter aufgefunden, der ihn in ein Krankenhaus brachte. Nachdem der Vorfall bekannt geworden war, wurde auf die entflohenen Diebe vigilirt. Sie wurden denn auch ermittelt, und ist in der gegen sie stattgehabten Gerichtsverhandlung jeder von ihnen zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt worden.

Vermischtes.

*** [Eine Feldpredigt]. In Amerika geschehen viele Dinge, die man bei uns zu Lande für unmöglich hält. Ein dortiges Blatt berichtet von einem deutschen Offizier der Unions-Armee, der, weil kein Feldprediger zur Stelle war, für seine Mannschaften — es waren Deutsche — selber den Gottesdienst hielt und, wie jenes Blatt berichtet, nicht nur bei dieser Gelegenheit sich als einen „sehr guten Exegeten" erwies, sondern auch seine Soldaten-Gemeinde trefflich „erbaute." Wir würden Bedenken tragen, die im „lutherischen Herold" abgedruckte Feldpredigt hier wiederzugeben, wenn wir nicht sicher wären, daß unsere Leser fern davon sind, eine frivole Absicht uns unterzulegen. Der Offizier, der uns hier als Prediger entgegentritt, soll übrigens ein wackerer Soldat sein und mag immerhin geglaubt haben, seine Sache recht trefflich zu machen. Die Feldpredigt hatte zum Text die Bekehrung des Paulus, Apostelgeschichte 9, und lautete nach dem Bericht des „Herold" folgendermaßen:

„Kameraden, unser Text erzählt uns von Paulus, wie er bekehrt war. Und Paulus war kein dummer und unebner Kerl; nein, im Gegentheil, er war ein ganzer Kerl! Gelernt hatte er was, denn er saß zu den Füßen Gamaliels, der ein sehr gelehrter Rabbiner, und überdies war er auch ein Pharisäer, und die Pharisäer waren die angesehenste Sorte unter den Juden, und aus ihrer Mitte kamen die Schriftgelehrten. Aber wie gelehrt auch Paulus war: hörtet ihr was von ihm, so lange er bloß Pharisäer und Schriftgelehrter war? Nein, sondern erst später ward er ein berühmter Mann. Und woher kam das? Weil ihm das Licht von oben noch fehlte! Und wie bekam er denn das? Das sagt uns unser Text, der erzählt uns, daß Paulus an der Spitze einer bewaffneten Macht auszog, um die Christen zu verfolgen. Da seht ihr, daß er Soldat geworden war. Und wenn er auch nicht gerade ein General war, so war er doch ein Colonel oder so was Aehnliches. Nun seht, kaum daß er Soldat geworden war, da kam ihm das Licht von oben, was ihn zu einem so berühmten Manne gemacht hat. Nun Kameraden, ihr seid auch Soldaten, und wenn ihr auch noch nicht ganz so seid, wie ihr sein sollt, so fehlt euch doch nicht mehr viel, denn als Soldaten, da muß euch wie dem Paulus das Licht kommen. Wartet nur noch ein Bischen, und ihr werdet auch erleuchtet und werdet berühmt werden wie Paulus. Amen."

Kirchliche Nachrichten vom 6. bis 13. März.

St. Catharinen. Getauft: Seifensieder Bach Sohn Heinrich Carl. Zimmerges. Schumann Sohn Paul Otto.

Aufgeboten: Kaufmann Rob. Albert Piratzki mit Jgfr. Marie Elise Auguste Johne. Stellmacherges. Hermann Theod. Olschewski mit Jgfr. Therese Henriette Maschke zu Adl. Liebenau. Schmiedeges. Christlieb Kühn mit Jgfr. Henriette Auguste Krupp. Kaufmann Abraham Heinr. de Veer mit Jgfr. Therese Marie Amalie Neudeck. Schiffsstauer Heinr. Alexander Cichowski mit Joh. Aug. Schmidt.

Gestorben: Kaufmanns-Wwe. Magdalene Siemens geb. Bachdach, 74 J. 1 M., Schlagfluß. Schuhmachermstr. Nitsch Sohn Victor Max, 2 M., Krämpfe.

St. Bartholomäi. Getauft: Kaufm. Schlücker Tochter Margarethe Susanne Amalie. Schuhmacherges. Markies Sohn Paul Julius Eduard. Maurerges. Brack Tochter Martha Maria Magdalene. Böttcherges. Ladenberg Sohn Paul Friedrich.

Aufgeboten: Herr Joh. Carl Brück mit Johanne Henriette Rutzke.

Gestorben: Tischlerges. Münde Sohn Rudolph, 3 J. 10 M., Masern. Kleinhändler-Frau Henriette Klein geb. Elfrath, 47 J. 9 M., Gehirntyphus.

St. Trinitatis. Getauft: Kaufmann Schmult Tochter Anna Elisabeth Angelika.

Aufgeboten: Post-Expedient Aug. Ludwig Gottfr. Magdalinski mit Jgfr. Johanna Friederike Lehmann in Lauenburg.

St. Elisabeth. Getauft: Unteroffizier Menz Tochter Anna Concordia.

Aufgeboten: Reservist Michael Linowiecki mit Jgfr. Caroline Krause a. Rehden. Unteroffizier Aug. Adolph Rohrdanz mit Jgfr. Maria Amalie Lauterbach. Reservist Ferdin. Aug. Freitag mit Jgfr. Emilie Henriette Maria Zimmermann in Bartin. Reservist August Krenz mit Carol. Pokszawinski in Conitz. Wachtmstr. a. D. Julius Grun mit Jgfr. Rosalie Ida Schmidt.

Gestorben: Mühlenmeister am Kgl. Proviant-Amt Weichert Sohn Heinrich, 3 J. 5 M. 24 T., Masern.

St. Barbara. Getauft: Schiffsbauführer Grott Tochter Hedwig Clara. Kornmesser u. Eigenthümer Krawatzki Tochter Selma Concordia. Exekutor Tessmer Sohn Oscar Cäsar Felix. Former Sonnenburg Sohn Eugen Friedrich. Gelbgießerges. Reineck Sohn Richard Wilhelm Fritz. Kutscher Kresien Tochter Auguste Mathilde.

St. Salvator. Getauft: Maurerges. Bartsch Sohn Otto Eduard.

Aufgeboten: Fleischermstr. Carl Gottfried Rösler mit Jgfr. Laura Wilhelmine Buchna.

St. Nicolai. Getauft: Kaufmann Freymuth Sohn Robert. Holzbraker Amsel Tochter Jenny Louise Auguste. Nadlermstr. Goski Sohn Joseph Albert.

Gestorben: Gymnasiast Marian von der Marwitz, 14 J., Knochenfraß.

St. Joseph. Gestorben: Schmiedeges. Tiede todtgeb. Sohn.

St. Birgitta. Getauft: Feuerwehrmann Hilger Sohn Franz Johann. Victualienhändler Nierzalewski Sohn Wilhelm Reinhold Hermann.

Meteorologische Beobachtungen.

17	4	338,42	+ 0,4	NO. z. O. frisch, bewölkt.
18	8	340,04	— 2,8	O. z. N. do. do.
	12	340,73	— 2,5	O. do. H. theilw. bewölkt.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 18. März.

Weizen, 230 Last, 131.32pfd. fl. 405, 417½; 131pfd. fl. 400, 410; 130pfd. fl. 390, 407½; 130.31pfd. roth fl. 380; 125pfd. fl. 365; 127pfd. roth fl. 355; 123pfd. fl. 345 pr. 85pfd.

Roggen, 128.29pfd. fl. 234; 130pfd. fl. 240 pr. 81⅚pfd.

Weiße Erbsen fl. 282 pr. 90pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 18. März.

Weizen 120—130pfd. bunt 53—64 Sgr.
120—131pfd. hellb. 55—69 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—130pfd. 36—40 Sgr. pr. 81⅚pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 48—51 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 42—47 Sgr. }
Gerste kleine 106—115pfd. 27—33 Sgr.
große 112—120pfd. 31—36 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 22/23—26 Sgr.

Durchschnittspreise für Getreide und Kartoffeln in den 13 bedeutendsten Marktstädten der Provinzen Ost- und Westpreußen im Monat Februar 1865 nach einem monatlichen Durchschnitte in Silbergroschen und Scheffeln angegeben:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
	$55\frac{9}{12}$	$33\frac{9}{12}$	$27\frac{7}{12}$	$22\frac{8}{12}$	$20\frac{7}{12}$
und zwar in					
Königsberg	49	$35\frac{3}{12}$	$28\frac{2}{12}$	26	$33\frac{8}{12}$
Memel	55	$35\frac{4}{12}$	$32\frac{2}{12}$	$25\frac{11}{12}$	$27\frac{8}{12}$
Tilsit	61	$34\frac{5}{12}$	$27\frac{10}{12}$	$22\frac{5}{12}$	$25\frac{9}{12}$
Insterburg	$55\frac{10}{12}$	$33\frac{5}{12}$	$25\frac{2}{12}$	21	$25\frac{6}{12}$
Braunsberg	$55\frac{10}{12}$	$33\frac{9}{12}$	$28\frac{5}{12}$	$22\frac{4}{12}$	$24\frac{8}{12}$
Rastenburg	$43\frac{9}{12}$	$30\frac{7}{12}$	24	$20\frac{4}{12}$	20
Neidenburg	60	$27\frac{3}{12}$	$23\frac{6}{12}$	$17\frac{6}{12}$	10
Danzig	$55\frac{1}{12}$	$35\frac{10}{12}$	$30\frac{2}{12}$	$22\frac{11}{12}$	20
Elbing	$53\frac{10}{12}$	$36\frac{6}{12}$	$28\frac{8}{12}$	$23\frac{6}{12}$	$24\frac{6}{12}$
Conitz	—	$31\frac{7}{12}$	$24\frac{7}{12}$	22	13
Graudenz	$57\frac{2}{12}$	$35\frac{11}{12}$	$25\frac{5}{12}$	$22\frac{2}{12}$	$15\frac{5}{12}$
Kulm	65	35	30	$22\frac{6}{12}$	$12\frac{8}{12}$
Thorn	$57\frac{8}{12}$	$33\frac{11}{12}$	31	$25\frac{8}{12}$	$14\frac{3}{12}$

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Die Kaufl. Bauich a. Berlin, Gärtner a. Crefeld u. Gehring a. Königsberg.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Lewy a. Oppenheim, Kornfeld a. Leipzig, Lüdke a. Düren, Hensler u. Kaiser und die Architekten Schwarz u. Weichardt a. Berlin.

Walter's Hotel:

Die Rittergutsbes. Baron v. d. Goltz a. Wollenthal u. Pustar a. Wendsie. Die Gutsbes. Conrad n. Sohn a. Konnek, Szukalski u. Fridrychowitz a. Tuchel. Philologe Behrend a. Gr. Bölkau. Die Kaufl. Lohden a. Hartlepool u. Engelbing a. Attendorn. Geometer Hornung a. Carthaus. Maurermstr. Münchow a. Pr. Stargardt.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Kaufl. Magnus a. Berlin u. v. Riesen aus Elbing. Gutsbes. Dittmer a. Malga.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Lieut. im See-Bataillon v. Heydebreck a. Danzig. Die Kaufl. Michel a. Mainz, Klabi a. Stolpe u. Siebenbrick a. Berlin.

Hotel de Thorn:

Die Gutsbesitzer Schröder a. Bromberg u. Rose a. Marienwerder. Die Kaufleute Wolter a. Königsberg, Lange a. Magdeburg, Schüttler a. Elberfeldt u. Kurz a. Swinemünde. Kreisrichter Schumann a. Pillau. Oekonom Zimmermann a. Marienburg.

Deutsches Haus:

Gutsbesitzer Schröder a. Liebemühl. Administrator Walter a. Wangerin. Oeconom Haagen a. Braunsberg. Kaufmann Bonberg a. Königsberg.

Um mehrfach in öffentlichen Blättern besprochenen, aber nicht direkt zur Kenntniß der Verwaltung gelangten Uebelständen, die Abfuhr des Mülls aus den Häusern betreffend, wirksam abhelfen zu können, ersuchen wir die betreffenden Hausbesitzer und Bewohner alle hierauf bezughabenden Beschwerden im Bureau der Feuerwehr auf dem Stadthofe abgeben zu wollen und bringen wir zugleich unsere frühere Bekanntmachung, daß die betreffenden Müllgefäße nicht später als um 8 Uhr Morgens herausgestellt werden müssen, hierdurch in Erinnerung.

Danzig, den 17. März 1865.

Die Straßen-Reinigungs-Deputation.

Bekanntmachung.

Zur Verdingung des **Wassertransports** von
a) 1500 Ctr. Faßmehl nach **Königsberg** in Pr. und
b) 500 Ctr. dergl. nach **Graudenz**
aus den hiesigen Magazinbeständen ist ein Submissions-Termin

auf den 24. März cr., Vormittags 11 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Proviant-Amts, Kielgraben Nr. 3, woselbst auch die Bedingungen an den Wochentagen in den Dienststunden eingesehen werden können, anberaumt.

Unternehmungslustige wollen ihre Forderungen pro Centner für jeden einzelnen Transport durch schriftliche versiegelte Offerten, welche mit der betreffenden Aufschrift:

„Submission für Faßmehltransport nach Königsberg oder Graudenz"

zu bezeichnen sind, bis zu vorgedachter Zeit, wo die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der erschienenen Submittenten erfolgen soll, an uns gelangen lassen.

Danzig, den 9. März 1865.

Königl. Proviant-Amt.

Herrn Jungmann **Burmeister,** Sohn des Gutsbesitzers B. aus Hohenstein, ersuchen wir zum Zweck der Ausgleichung seines Conto's, uns seine derartige Adresse anzugeben.

F. Lass & Co. in Memel.

Als **Geschäftsführer** resp. zur Uebernahme der einfachen Buch- und Cassenführung, findet ein gut empfohlener, sicherer Mann, wenn auch nicht Kaufmann, vortheilhafte Anstellung in einer hiesigen Fabrik. Das Jahreseinkommen beläuft sich bis auf 500 Rthlr. — Im Auftrage ertheilt nähere Auskunft **J. Holz** in **Berlin,** Fischerstr. 24.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.